

Der US-Journalist Robert Dreyfuss ruft die US-Bürger auf, den Kongress und das Weiße Haus zum Verzicht auf das "Sicherheitsabkommen" mit Afghanistan aufzufordern, weil es den Krieg in diesem Land bis mindestens 2024 verlängern würde.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 192/13 – 08.12.13**

Stoppt das Sicherheitsabkommen der USA mit Afghanistan!

Von Bob Dreyfuss
THE NATION, 26.11.13

(<http://www.thenation.com/article/177388/block-us-afghan-security-agreement>)

Trotz heftiger Einwände des Präsidenten Hamid Karzai bestehen die USA darauf, dass Afghanistan ein bilaterales Sicherheitsabkommen (s. <http://photos.state.gov/libraries/afghanistan/231771/PDFs/2012-05-01-scan-of-spa-english.pdf>) unterzeichnet, damit die Besetzung dieses vom Krieg verwüsteten Landes um weitere zehn Jahre verlängert werden kann. Nach den vorgeschlagenen Regelungen könnten die USA bis zum Jahr 2024 bis zu neun große Militärbasen mit 8.000 bis 12.000 US-Soldaten und kleineren Truppenkontingenten europäischer und anderer Verbündeter in Afghanistan belassen. Obwohl die Afghanen das ablehnen, sollen die US-Truppen nach dem vorliegenden Abkommen nicht zur Einhaltung der afghanischen Gesetze verpflichtet sein und nicht wegen irgendwelcher Vergehen, auch nicht wegen Kriegsverbrechen, belangt werden können. Karzai besteht darauf, dass auch noch andere wichtige Probleme geklärt werden müssen: US-Soldaten sollen auf nächtliche Razzien in afghanischen Dörfern verzichten, und Washington soll Friedensgespräche zwischen Afghanistan, Pakistan und den Taliban in Gang bringen.

Eine von Karzai einberufene Loja Dschirga (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Loja_Dschirga), eine große Ratsversammlung von mehr als 2.500 afghanischen Stammesführern, Geistlichen und Vertretern der Regierung und der Provinzverwaltungen, befürwortete nach vier-tägigen Beratungen das Abkommen. Der Präsident selbst hatte aber noch Bedenken und erklärte, er werde die Vereinbarung erst nach weiteren Verhandlungen und wahrscheinlich nicht vor der nächsten Präsidentschaftswahl im April (2014) unterzeichnen; für Washington wäre das aber viel zu spät. Auch dieser Streit mit Karzai wird – wie alle anderen vorher – höchstwahrscheinlich wieder zugunsten der USA ausgehen, weil Washington die besseren Karten hat. "Wir können uns noch weiter streiten, aber am Ende des Tages werden wir uns durchsetzen, weil wir die Truppen haben," stellte ein US-Offizieller dazu fest. Deshalb könnte ein Krieg, der sich nach Präsident Obamas Aussage "seinem Ende nähert", noch mindestens zehn Jahre andauern.

Es bleiben entscheidende Fragen, die Obama bisher nicht beantwortet hat: Wenn es den mehr als 100.000 US-Soldaten, die seit der von ihm veranlassten Eskalation des Krieges im Jahr 2009 Afghanistan besetzt halten, bisher nicht gelungen ist, die Taliban und ihre Verbündeten auszuschalten, wie soll das dann ein viel kleineres US-Truppenkontingent schaffen? Wird es den afghanischen Sicherheitskräften, in die seit 2002 bereits 54 Milliarden Dollar investiert wurden, mit einer jährlichen Militärhilfe von bis zu 6 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren doch noch gelingen, die Taliban in Schach zu halten? Außerdem steht noch die Antwort auf die wichtigste Frage aus: Wie sieht die diplomatische Strategie der USA aus, mit der sich eine Einigung zwischen der afghanischen Regierung, den Taliban und anderen Oppositionellen herbeiführen ließe?

Weil Pakistan die Taliban unterstützt, Indien zur Nordallianz, dem alten Gegner der zu den Paschtunen gehörenden Taliban, hält und der Iran auch mitspielt, kann der Konflikt nur mit

diplomatischem Mitteln gelöst werden. In jüngster Zeit hat das Weiße Haus doch erfahren, wie wirkungsvoll Diplomatie auch bei scheinbar unlösbaren Konflikten sein kann. Erst haben Obama und Außenminister John Kerry von Luftangriffen auf Syrien abgesehen und sich stattdessen mit Russland darauf geeinigt, Syriens Chemiewaffen zu zerstören und eine Friedenskonferenz in Genf zu organisieren. Dann haben sie sich trotz des Widerstandes der Falken und Neokonservativen im US-Kongress mit dem Iran auf ein historisches Interimsabkommen über dessen Atomprogramm verständigt. Obwohl man zum Ärger Karzais wiederholt direkt mit den Taliban verhandeln wollte, hat sich das Weiße Haus bisher nicht mit dem gleichen Elan um eine politische Lösung in Afghanistan bemüht.

Das bilaterale Sicherheitsabkommen könnte auch noch scheitern. Weil eine ähnliche Vereinbarung mit dem Irak nicht zustande kam, mussten alle US-Truppen aus diesem Land abziehen. Zu diesem Misserfolg trug vor allem die Weigerung des irakischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki und des irakischen Parlaments bei, die geforderte Immunität für ausländische Truppen zu akzeptieren, die auch Karzai ablehnt. Aber anders als der Irak, der riesige Ölvorkommen hat, ist Afghanistan auf andauernde Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Weil das Land nach zwölf Jahren Krieg total zerstört und verarmt ist, kann Karzai kaum dem Beispiel Malikis folgen. Der afghanische Präsident hat jahrelang einen politischen Drahtseilakt vollführt; er hat wiederholt gegen die nächtlichen Razzien der US-Spezialkräfte protestiert, US-Luftangriffe, bei denen immer wieder Zivilisten getötet wurden, kritisiert und einmal sogar damit gedroht, gemeinsame Sache mit den Taliban zu machen. Auch in seinen Reden vor der Loja Dschirga wies Karzai wieder auf das ungelöste Problem mit den vielen zivilen Opfern hin. Und er hat Recht. Wir von *THE NATION* haben zum zwölften Jahrestag des Kriegsbeginns im Oktober in einer Sonderausgabe ausführlich über die zahlreichen zivilen Opfer berichtet, die seit 2001 von den Streitkräften der USA und ihrer Alliierten in Afghanistan getötet wurden. Damals haben wir auch eine interaktive Online-Datenbank veröffentlicht, in der Hunderte von Ereignissen verzeichnet sind, bei denen Zivilisten getötet wurden; in Artikeln haben wir die Unfähigkeit des Pentagons angeprangert, die Anzahl der zivilen Opfer zu verringern, und darauf hingewiesen, dass mit jedem toten Zivilisten die Zahl der Aufständischen wächst. (Artikel und Datenbank sind aufzurufen unter <http://www.thenation.com/article/176256/americas-afghan-victims> .)

Die Zustimmung der US-Bevölkerung zu den diplomatischen Bemühungen in den Konflikten in Syrien und mit dem Iran hat gezeigt, dass die frustrierten US-Bürger kriegsmüde sind. Im Kongress haben Progressive und Kriegsgegner den vorgeschlagenen Sicherheitspakt mit Afghanistan scharf kritisiert. "Die Ausdehnung der US-Militärpräsenz bis 2024 ist inakzeptabel," erklärte die Abgeordnete Barbara Lee. "Es wird keine militärische Lösung in Afghanistan geben. Nach dreizehn Jahren Krieg und der Verschwendung von mehr als 778 Milliarden Dollar in einem instabilen Land unter der korrupten Karzai-Regierung wird es Zeit, unsere Truppen nach Hause zu holen und unsere Steuereurodollars für uns zu behalten."

Frau Lee und andere Kongressmitglieder wie Senator Jeff Merkley versuchen eine Anti-kriegsstimmung zu erzeugen und eine Abstimmung über das Sicherheitsabkommen zu erzwingen. US-Amerikaner, die des endlosen Krieges in Zentralasien überdrüssig sind, sollten Mitglieder des Kongresses und das Weiße Haus auffordern, die im Umgang mit Syrien und dem Iran so erfolgreichen diplomatischen Bemühungen auch in Afghanistan einzusetzen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über den Autor s. unter http://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Dreyfuss . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Block the US-Afghan Security Agreement!

Bob Dreyfuss

November 26, 2013

Despite strong objections from President Hamid Karzai, the United States insists that Afghanistan must sign, as written, a Bilateral Security Agreement that sets the framework for another decade of US occupation of that war-torn nation. According to the terms of the proposed accord, the United States will be able to maintain up to nine military bases, along with 8,000–12,000 troops (and a smaller contingent of European and other forces), through 2024. Over Afghan opposition, the agreement states that US troops will not be subject to Afghan law for criminal acts—even war crimes. Among the sensible points raised at the eleventh hour by Karzai: that US forces be prohibited from conducting night raids of Afghan homes and that Washington start peace talks between Afghanistan, Pakistan and the Taliban.

A gathering of more than 2,500 Afghan tribal leaders, clerics and national and provincial officials endorsed the accord after a four-day *loya jirga*, or council, convened by Karzai. But the president himself balked, saying he would sign it only after further negotiation, and perhaps not until after next April's presidential election—which, Washington says, would be far too late. That dispute, like many others involving Karzai over the past decade, will probably be resolved in America's favor because Washington holds all the cards. "We can continue to disagree, but at the end of the day, we are the ones who have the troops," said a US official. So a war that President Obama has repeatedly said is "winding down" may go on for another ten years.

There are crucial questions Obama has failed to address: If the more than 100,000 US troops that occupied Afghanistan after his escalations of 2009 failed to neutralize the Taliban and its allies, how will a far smaller US contingent accomplish that task? How will the Afghan security forces, which have already absorbed \$54 billion in US aid since 2002, gain enough strength with another decade of American cash infusions of up to \$6 billion a year? Perhaps most important: Where is the US diplomatic strategy to secure an accord between the Afghan government, non-Taliban opposition forces and the Taliban itself?

In fact, diplomacy—especially involving Pakistan, which supports the Taliban; India, which backs the non-Pashtun elements of the old anti-Taliban Northern Alliance; and Iran—is the only way to end the war. Recently the White House learned how effective diplomacy can be in seemingly intractable conflicts. First, Obama and Secretary of State John Kerry veered away from airstrikes against Syria, instead making a deal with Russia to eliminate Syria's chemical weapons and move toward a Geneva peace conference. Then, ignoring protests from hawks, neoconservatives and many members of Congress, Obama and Kerry reached a historic interim accord with Iran on its nuclear program. Despite off-again, on-again efforts to talk with the Taliban, to Karzai's frustration, the White House hasn't pursued a political solution in Afghanistan with the same vigor.

In the meantime, the bilateral agreement could fall apart. A similar effort to establish a security accord with Iraq did collapse, leading to the withdrawal of all US troops. Part of the reason for that failure was the refusal of Prime Minister Nouri al-Maliki and Iraq's Parliament to agree to some of the same provisions that Karzai finds troubling, including legal

immunity for foreign troops. But unlike Iraq, which has vast oil resources, Afghanistan is utterly dependent on foreign aid. Twelve years after the start of the war, Afghanistan is still a basket case, severely limiting Karzai's ability to follow Maliki's example. Karzai has spent years walking a political tightrope, objecting to night raids by US Special Forces, assailing American airstrikes that have killed many civilians—once even threatening to join the Taliban himself. Indeed, in his speeches to the loya jirga, Karzai stressed that civilian casualties are an explosive issue. He's right; in October, on the twelfth anniversary of the war, a special issue of *The Nation* was devoted to a detailed report on civilians killed by US and allied forces in Afghanistan since 2001. It included a comprehensive, interactive online database highlighting hundreds of incidents, as well as articles exposing the failure of the Pentagon to institutionalize lessons learned about targeting of civilians and the ways civilian casualties help fuel the insurgency.

As shown by popular support in the United States for the diplomatic deals involving Syria and Iran, an exhausted American electorate has no appetite for war. In Congress, the Progressive Caucus and other antiwar members have sharply criticized the proposed Afghan pact. "The possibility of a military presence into 2024 is unacceptable," said Representative Barbara Lee. "There is no military solution in Afghanistan. After thirteen years and more than \$778 billion invested in an unstable country and the corrupt Karzai government, it's time to bring our troops and tax dollars home."

Lee and others, including Senator Jeff Merkley, are trying to mobilize antiwar sentiment to force an up-or-down vote on the Afghan agreement. Americans concerned about endless war in Central Asia ought to let members of Congress and the White House know that what's working with Syria and Iran ought to work for Afghanistan, too.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern